

Dietrich Harth · Engagement an den Grenzen der Öffentlichkeit

Schriftsteller werden auch heute noch — freilich mit Ironie — als ›freie‹ kulturschöpfende Individuen betrachtet. Sozialenquêtes und Selbstinterpretationen haben bewiesen, daß sie ›frei‹ bestenfalls in einem berufssoziologischen Sinne zu nennen sind; nicht wenige von ihnen arbeiten außerhalb der institutionellen Nötigungen, wie sie langfristige Arbeitsverträge hervorbringen, abhängig von einem relativ anonymen Markt, abhängig auch von Auftraggebern, deren öffentlich-rechtlicher Status sie besonders empfindlich auf innenpolitische Schwankungen reagieren läßt. Die registrierten Fälle versteckter oder offener Zensur in Rundfunk und Fernsehen haben sich in den letzten Jahren stark vermehrt.¹ Eine finanzpolitisch verursachte ›Marktverengung‹ hat es darüber hinaus erleichtert, die Selektionsprinzipien im Sinne restaurativer Tendenzen zu verschärfen.

Die allseits bemerkbare Rückbildung der Ende der sechziger Jahre entstandenen Diskussionsspielräume wirft Schriftsteller und Intellektuelle auf Defensivpositionen zurück, die in einer ohnehin nur rudimentär bestehenden Öffentlichkeit gegen die politisch gesteuerte, vom Adressaten nicht zu kontrollierende Informations- und Gesinnungsvermittlung ausgebaut werden. In einem deprimierenden innenpolitischen Klima gegenseitiger Verdächtigungen überträgt man andererseits manches Angstsyndrom auf diejenigen, die sich selber als Instanz des Widerspruchs verstehen und aus ihrer bewußten Identifikation mit den sozialen Schicksalen von Randgruppen und -figuren Impulse für ihre politische und moralische Kritik am herrschenden Lebensstil überhaupt empfangen. Prominente Schriftsteller wie Böll, Rinser, Wallraff wurden zu Symbolfiguren jener Hetze, die die Instanz des Widerspruchs als solche treffen soll. Das jüngst gefällte höchstrichterliche Urteil in Sachen Heinrich Böll vs. Mathias Walden gibt der Auffassung recht, daß literarische, d. i.: »mehrdeutig« formulierte Kritik als Beitrag zur Vorbereitung auf physische Gewalttaten verstanden werden darf. Die Bürger Gerlingens, die, der rufmörderischen Behauptung einer Illustrierten vertrauend, die Dichterlesung der Luise Rinser absetzten, stellten damit nicht nur ihre Angst unter Beweis, sondern auch jenen Mangel an Mündigkeit, der die Vernunft vor dem gedruckten Wort der Massenpresse niederknien läßt. Das neue Urteil muß sie in ihrer Haltung indessen bestärken.

Die aktuelle Situation verschafft der Frage nach dem Verhältnis von Schriftsteller und Öffentlichkeit neue Brisanz. Zweifellos ist der Vorwurf, Intel-

lektuelle und Schriftsteller seien der geistigen Urheberchaft am Terrorismus schuldig, diffamierend und richtet sich gegen eine bestimmte Haltung. Es ist die gesellschaftskritische Haltung, die von vielen Schriftstellern freilich nicht in analytisch zugerüsteter Gestalt vorgeführt wird, sondern mit den Mitteln des literarischen Engagements, Mittel, die weniger aufs vernunftbetonte Argument als auf die zur Identifikation verlockenden Symbole figuralen Sprechens und der indirekten Charakterisierung setzen. Zu untersuchen wäre, inwieweit solche literarischen Mittel die Akzeptabilität des in öffentlicher Kommunikation vorgebrachten Engagements erhöhen oder verringern. Eng damit verbunden ist die Frage nach den Maßstäben einer so effektiv publizierten Kritik. Im Namen welcher Werte attackieren Autoren wie Böll, Grass oder Wallraff den gesellschaftlichen Lebensstil? Auf welche Gründe berufen sie sich, um ihre kritische Haltung zu rechtfertigen? Antworten auf diese Fragen sollen nicht allein bei einzelnen Autoren gesucht werden, mindestens ebenso wichtig sind die einschlägigen Verlautbarungen des berufspolitischen Verbandes, der öffentlich ihre Interessen wahrnimmt.

I

Um zu klären, welche Möglichkeiten der öffentlichen Kommunikation über die Buchpublikation hinaus für Schriftsteller bestehen, beginne ich mit einer Skizze der Öffentlichkeitsproblematik unter terminologischen und soziologischen Gesichtspunkten. Zunächst ist im Gegenzug zu einem heute noch geläufigen Sprachgebrauch festzustellen, daß es eine »literarische Öffentlichkeit«, die diesen Namen verdiente, nicht gibt. Als Vorform der politischen war die literarische Öffentlichkeit des 18. Jh. aus dem Bedürfnis entstanden, an die Stelle der undurchschauten Kriterien der traditionellen Herrschafts- und Bildungsmächte vernünftige Maßstäbe für eine liberale Praxis zu setzen.² In diesem Bestreben schlug sich das Interesse an Kommunikationsformen nieder, die nach gegenseitiger Anerkennung, Öffentlichkeit der Begründungen und Einsichtigkeit des vernunftgeleiteten Arguments verlangten. Im Rahmen solcher Kommunikationsmaximen entstand die Idee der *Publizität*, von der es bei Immanuel Kant heißt, sie sei eins mit der Aufklärung des Volkes über seine politischen Rechte und Pflichten.³ Darin kam zum Ausdruck, daß Publizität, d. h. Veröffentlichung des politischen Allgemeininteresses, kritisch gegen die überkommene Geheimniswirtschaft von Einzel- und Standesinteressen gewendet war.

Der kritische Impetus sowie die Orientierung an einer Idee vernunftgeleiteter Meinungsbildung sind bis heute mit dem Begriff der Öffentlichkeit aufs engste verbunden. Die Bedeutung der literarischen Öffentlichkeit ist freilich

hinter der sozialhistorischen Entwicklung eines sogenannten öffentlichen Lebens zurückgeblieben, und der befreiende Gehalt des Publizitätsprinzips mußte erst von der wissenschaftlichen Forschung wieder entdeckt werden. Motiviert durch die im Zuge der Kommerzialisierung der Publizistik eintretende »Refeudalisierung« der Öffentlichkeit,⁴ hat die soziologische Forschung herauspräpariert, woran die Öffentlichkeit heute krankt. Öffentlichkeit heute ist — wie es scheint — ein *wirtschaftlich* notwendiges Produkt, das kaum mehr als Forum einer diskursiv zustande kommenden Übereinkunft der Meinungen gelten kann. Publizität ist eine Funktion des wirtschaftlich und politisch, nach den technischen Prinzipien der Werbung gesteuerten Informationsapparats. Über diesen Apparat können wieder Privatinteressen in die öffentliche Meinungsbildung eingeschleust werden, ohne daß die Möglichkeit der argumentativen Abwehr gegeben wäre. Meinungen und Interessen entziehen sich als mediatisierte, durch Medien produzierte, weitgehend der Kontrolle und dem Einspruch des Publikums.

In dieser hier nur knapp umrissenen Situation kommt kaum eine Stelle vor, an der eine wirkungsvolle Gegenöffentlichkeit zu etablieren wäre. An Versuchen, eine solche zu schaffen, hat es zwar seit dem Ende der 60er Jahre nicht gefehlt. Doch durch Tradition geheiligte Verbindlichkeiten wie Aufklärung und Emanzipation blieben ephemere Erscheinungen der ideologischen Gegenoffensive. Die Gründe dafür sind komplex, doch lassen schon einige oberflächliche Beobachtungen vermuten, daß die empirischen Befunde zur Erklärung nicht ausreichen. Ich beschränke mich auf wenige Anmerkungen.

Zählt man die Gelegenheiten auf, die den Schriftstellern für explizite gesellschaftskritische Äußerungen zur Verfügung stehen, so werden nur sehr schmale Spielräume sichtbar. Nach wie vor rangieren unter den rhetorischen Anlässen Preisverleihungen und Feierstunden humanitärer Verbände an erster Stelle; hinzu kommen überregionale Verbandstagungen der eigenen Interessenvertretung (VS), seltener politische (Wahl)Versammlungen und Kommentare über Lautsprecher und Fernsehschirm. Aktuelle schriftliche Kommentare können allenfalls in einigen wenigen Blättern der liberalen Presse veröffentlicht werden (FAZ, FR, SZ, Spiegel, Zeit). Laudationes und Dankreden scheinen nach wie vor am besten geeignet, Grundsätzliches zu formulieren, ohne den Bezug zu aktuellen Problemen politischer und moralischer Wertung unterdrücken zu müssen. Ja, solche Anlässe gewinnen wieder an Bedeutung, je mehr die Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen für literarische und kritische Texte beschnitten werden. Denn Feierstunden von

überregionalem Format werden gern über die Medien an ein beflissenes Publikum weitervermittelt. Man kann daher davon ausgehen, daß viele der Preisträger ihre kritischen Botschaften diesem Umstand anpassen, so daß schon an einer so relativ punktuellen Stelle das eigenartige Phänomen der Produktion des Produzierenden durch den Apparat, den er frei zu bedienen vermeint, augenfällig wird.

Selbstverständlich engen die wirtschaftlichen Produktions- und Distributionsbedingungen der Presse den publizistischen Spielraum der Autoren ein. In stärkerem Maße als in den audiovisuellen Sendungen werden hier von vornherein quantitative Beschränkungen notwendig. Tageszeitungen, wie die einst von Günter Grass bediente ›Süddeutsche Zeitung‹, lassen Raum für Glossen und Kurzkommentare, während die Wochenblätter großzügiger verfahren können. Vor diesem Hintergrund wird der Kampf vieler Schriftsteller gegen die Springer-Presse über das Prinzipielle hinaus auch als interessenpolitische Haltung verständlich. Der durch Fremd- wie Selbstzensur erzwungene Ausschluß kritischer Meinungen bedeutet auch Aussperrung von einem publizistisch und wirtschaftlich interessanten Segment der Öffentlichkeitsproduktion. Wie überhaupt die zunehmende wirtschaftliche Konzentration der Produktionsmittel im Mediengeschäft zu einem mächtigen Koeffizienten der Meinungsindustrie wird, der unter Pochen auf ökonomische Sachzwänge politischer Kontrolle sich entzieht.

Die scheinbar bloß organisatorischen Probleme, hinter denen in Wahrheit handfeste politische Motive stehen, machen deutlich, wie sehr die vielberufene Idee einer unbeschränkten Veröffentlichung des Allgemeininteresses sich an der Realität stößt. Dem institutionellen Zwang einer quasi-öffentlichen Meinungsbildung durch Informationskonzerne und dirigistisch verwaltete Anstalten der Massenkommunikation steht der kritische Schriftsteller ohnmächtig gegenüber. Er mag erkennen, daß Publizität heute nur »manipulativ« oder »demonstrativ« zur Geltung kommt,⁵ sein Einspruch gegen diese Formen der Meinungs- und Willensbildung dringt kaum bis an die Öffentlichkeit, die er aufzuklären sucht.

II

Konsequenterweise sucht der Verband deutscher Schriftsteller (VS) diese Ohnmacht zu mildern. In seinen Gründungsstatuten artikuliert sich daher so etwas wie ein partikulares Gemeininteresse der Schriftsteller. Stichworte: »Mitwirkung an öffentlichen Aufgaben. Gesellschaftskritisches Engagement. . . praktizierte Demokratie . . . Freiheit der Meinungsäußerung.«⁶ Damit ist die über berufsständische Ziele hinausgehende politische Aufgabenstellung

einigermaßen deutlich umrissen. Der Verband möchte nicht bloß zwischen Einzel- und Allgemeininteresse vermitteln, er möchte darüber hinaus als produktives Ferment die kodifizierten Freiheitsgarantien in der sozialen Praxis verwirklichen helfen. Dabei tritt ihm als Hindernis jenes kapitalistische Wirtschaftsinteresse entgegen, das die Entfaltung der freien Meinungsäußerung durch wirtschaftliche Blockbildung einschränkt. Es ist die aufgrund privater Interessen zustande gekommene publizistische Machtkonzentration, die als das stärkste Motiv für die gewerkschaftliche Organisation des Schriftstellerverbandes anzusehen ist. Nicht zuletzt macht die Eingliederung des VS in die IG Druck und Papier deutlich, daß der Markt öffentlicher Meinungsbildung längst die Formen industrieller Produktion übernommen hat. Der Schriftsteller ist gezwungen, einer Repräsentativorganisation wirtschaftlicher Interessen beizutreten, da er nicht autonom über Produktionsmittel und Arbeitsertrag verfügen kann. Er ist gezwungen, d. h. er muß sich nicht nur einer traditionell verbürgten Selbstdefinition des wirtschaftlich und ideologisch freien Einzelunternehmers verweigern, sondern auch nach einem neuen Öffentlichkeitsverständnis suchen. Dies um so dringender, als ihn die öffentliche Repräsentanz durch einen gewerkschaftlich integrierten Verband in die Nähe von Sozialprogrammen rückt, die den Problemen lohnabhängiger Arbeitnehmer gelten. Die vom Verband beschworene »Einigkeit der Einzelgänger«⁷ spiegelt die Dissonanz im Selbstverständnis der Schriftsteller. Seit den Gründertagen ist die Erörterung des damit verbundenen Dilemmas nicht abgebrochen.

»Gegen übermächtige, anonyme Herausforderung setzen wir«, so charakterisiert Siegfried Lenz dieses Dilemma,⁸ »den gutgemeinten Protest eines Namens.« Helmut Heißenbüttel erkennt die Unzuständigkeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung für Qualität und kulturellen Wert des literarischen Produkts: »Der Schriftsteller als derjenige, der Verantwortung in Phantasie vermittelt und der damit ein inkommensurables Risiko eingeht, würde unter den Kriterien der Arbeitsleistung beurteilt und nicht nach seinem Kulturwert, der eben doch nur ein Marktwert ist. Und solange der Marktwert gilt, sichert nicht die Gewerkschaft den Autor in seiner sozialen Stellung, sondern das Geschäft. Erst wenn vergleichbare Kriterien für die reine Arbeitszeit entwickelt wären, könnte sich das ändern. Ob einer dann außerdem noch Goethe oder Handke wäre, wäre vollkommen gleichgültig.«⁹ Eine Sicherung des Autors durchs Geschäft ginge vielleicht nicht einmal zu Lasten der Literatur, die kritisch die bestehende Gesellschaftsordnung negiert. Denn es besteht in einer krisenanfälligen Lebensordnung offenkundig das Bedürfnis nach literarisch und ästhetisch formulierten Gegenentwürfen und

Utopien, deren Sinnhaftigkeit einem unzufriedenen Publikum die als schwer erträglich empfundenen Mängel vergüten kann. Wie dem auch sei, die Brüche im Selbstbildnis des Schriftstellers sind nicht zu verkennen. Als einzelner vermag er nur zu repräsentieren, was er subjektiv beansprucht: moralische Integrität, künstlerisches Können, kritische Haltung. Als Mitglied eines gewerkschaftlich organisierten Verbandes delegiert er seine materiellen und gesellschaftspolitischen Interessen an eine Institution, die ein Gruppeninteresse in der Öffentlichkeit darstellt, das hinter den Ansprüchen des einzelnen zurückbleiben muß. Die Publizität, auf die er durch sein individuelles Schreiben spekuliert, ist eine andere als die der offiziellen Interessenvertretung.

Der Berufsverband soll die Verbindung zu den mächtigen Trägern öffentlich wirksamer Instanzen garantieren, zur politischen Gewalt und zur publizistischen Wirtschaftsmacht. Seine diplomatischen Ziele, Erweiterung und Sicherung der Partizipation am politischen und ökonomischen Handeln scheinen aber durch die Selbstdarstellung, die der Verband sich durch die Leitreden seiner Schriftstellerkongresse gibt, in Frage gestellt zu werden. In ihnen dominiert nicht nur die Forderung nach mehr gesellschaftskritischer Tätigkeit; nicht wenige Redner identifizieren die Rolle des Schriftstellers auch mit der des »Außenseiters«,¹⁰ des »Radikalen«¹¹ und des »Extremisten«,¹² Metaphern für die Wachsamkeit und Strenge der Kritik, die diese Redner den Schriftstellern zuschreiben. Mit der Forderung nach radikaler Kritik geht die Parteinahme für die Deklassierten und Revoltierenden einher. Randgruppen und Rebellen scheinen die natürlichen Verbündeten derer zu sein, die sich selber als Randfiguren und Außenseiter empfinden.¹³

Selbst wenn ein derart forciertes Selbstverständnis nicht repräsentativ für die Schriftsteller ist, das große Publikum orientiert sich an solchen Normierungen, werden sie plakativ und durch prominente Namen gestützt auf den vom VS veranstalteten Kongressen dargeboten. Der Konflikt zwischen dem so geförderten Prestige des kritischen Intellektuellen und den diplomatischen Zielen der Verbandspolitik wird um so deutlicher, vergleicht man die markanten Worte der Leitredner mit dem, was prominente Vertreter der politischen Gewalt bei gleicher Gelegenheit äußern. 1970 warb der Bundeskanzler vor den Schriftstellern um Mitarbeit in der Reformpolitik.¹⁴ Vier Jahre später beschwor der Bundespräsident die gemeinsame Verantwortung von Politik und Literatur für die demokratische Ordnung.¹⁵ Die Situation hatte sich verändert: 1970 konnten sich die kritischen Schriftsteller noch mit dem Reformimpetus der sozial-liberalen Regierung identifizieren, ihn durch konstruktive Vorschläge unterstützen und propagandistisch anfeuern. Zwei Jahre später hatten sie bereits mit jenem demagogischen Klischee konservativer Antikritik

zu kämpfen, nach dem das Infragestellen des gesellschaftlichen Lebensstils ein Beleg für die Ablehnung kodifizierter Grundrechte ist. In Walter Scheels Rede vor dem dritten Schriftstellerkongreß kommt die plumpe Gleichsetzung von Grundgesetz und sozialer Realität, eine Grundfigur konservativer Intellektuellenschelte, nicht vor. Aber er fordert die Schriftsteller auf, angesichts der terroristischen Angriffe auf die Republik Stellung zu beziehen. Mit diesem Appell bringt er sie in die schwierige Lage, sich einer Gewalt gegenüber loyal zu verhalten, die viele unter ihnen als sehr unvollkommene Ausprägung der kodifizierten demokratischen Rechte und Möglichkeiten begreifen. Gemäß ihrem in der Öffentlichkeit verbreiteten Rollenverständnis neigen die Schriftsteller zu einer extensiven Auslegung der Grundrechte. Sie folgen darin mit Recht den aufklärerischen und republikanischen Traditionen, die jenes Maß an politischer Freiheit beanspruchen, das dem freien Künstler unbeschadet seiner Rolle als Staatsbürger die freie Wahl seiner Gegenstände und Formen garantiert.

Von den hier angedeuteten unterschiedlichen Voraussetzungen her erscheint eine Interessenkollision zwischen den Vertretern der politischen Gewalt und den kritischen Schriftstellern unvermeidlich. Denn der Politiker wird immer an das Zunächstliegende denken, um, bei allem Respekt vor der Demokratie, Kontinuität zu wahren und auftretende Krisen zu steuern. Die gegenwärtige Situation ist dafür beispielhaft, freilich auch in exorbitanter Weise lehrhaft für die Fahrlässigkeit, mit der Parteideologen nun ihrerseits Grundrechtsgarantien für offene Diskussionspielräume antasten. An der emotionalen Resonanz des von rechts geschürten Angriffs auf die Intellektuellen läßt sich ablesen, wie gering das Verständnis für die andersartigen Voraussetzungen ist, von denen intellektuelle Gesellschaftskritik ausgeht.

III

Wurde bisher keine scharfe Trennungslinie zwischen kritischen Schriftstellern und Intellektuellen gezogen, so liegt dem die Auffassung zugrunde, daß sie innerhalb gewisser Grenzen gemeinsame Funktionen in Anspruch nehmen. Der Schriftsteller, der sich, wie es in der Satzung des VS heißt, »gesellschaftskritisches Engagement« zuschreibt, übernimmt die auf Distanz und Desintegration angewiesene Rolle des Intellektuellen; der Intellektuelle teilt, auch wenn er berufssoziologisch nicht zu den professionellen Schriftstellern gehört, deren Überzeugung von der »Macht des gesprochenen und geschriebenen Wortes« (Gehlen). Die neue sozialwissenschaftliche Gruppenforschung sieht keinen prinzipiellen Unterschied mehr zwischen Künstlern und Intellektuellen. Seit im 19. Jh. die Künstler und Schriftsteller als *pouvoir*

indépendant sich zwischen den sozialen Klassen einrichteten, haben sie mehr und mehr die Funktionen des Widersprechens und Infragestellens in ihr soziales Rollenverständnis integriert. Weder in ihrer Haltung noch in ihrer Produktion möchten sie dem Ausdruck verschaffen, was als *Repräsentation* eines gegebenen Normen- und Wertsystems von den Herrschaftseliten ihrer eigenen Zeit hochgeschätzt wird.¹⁷ Die kritischen Schriftsteller versteifen sich auf eine *oppositionelle* Rolle und produzieren in ihrer Mehrheit eine »Literatur der Verneinung« (Sartre), die Kommunikation erschwert und auf diese Weise Gewohnheiten der ästhetischen und ideologischen Wahrnehmung aufsprengen möchte. Begünstigt wird die verneinende Haltung durch die ökonomische Abhängigkeit der meisten Schriftsteller von einem anonymen Markt; anonym im Hinblick auf Auftraggeber und Käufer. Diese selbst sind nicht mehr die Repräsentanten einer akzeptierten Geschmacksnorm, wie das in den Zeiten des Mäzenatentums noch die Regel sein mochte. Sie sind inzwischen längst in die namenlose Masse der Konsumenten eingegangen.

Akzeptiert man den implizit wie explizit geäußerten Anspruch vieler Schriftsteller, mit ihren literarischen Wortprodukten auch Kritik an der Gesellschaft üben zu dürfen, so können für sie dieselben Kriterien geltend gemacht werden, die der soziologischen Bestimmung des Intellektuellen dienen. Im Anschluß an Schumpeters Untersuchungen lassen sie sich wie folgt umschreiben:¹⁸

1. Die Intellektuellen unterliegen keiner bestimmten und unmittelbaren Verantwortlichkeit.
2. Sie übernehmen nicht die Rolle institutionell gebundener und verpflichteter Experten.
3. Weder üben sie Herrschaft aus, noch dulden sie Herrschaftsansprüche, die über sie gesetzt werden sollen.
4. Ihnen ist kein dezidiertes Gruppeninteresse gemeinsam; sie übernehmen die Interessen anderer (meist unterprivilegierter) Gruppen.
5. Ihr Selbstverständnis widerstreitet den Konformitätszwängen, deren Wertmaßstäbe sie ja gerade zum Gegenstand der Kritik machen.
6. Um ihrer Wirkung willen sind sie auf eine liberale Öffentlichkeit angewiesen.

Dieser Kriterienkatalog mag zeigen, daß der kritische Intellektuelle ein Produkt der bürgerlichen Öffentlichkeit ist, da nur sie ihm die Vorzüge eines anonymen Marktes und der freien Meinungsäußerung bieten kann. Um so empfindlicher mag er reagieren, wenn diesen Instanzen der liberale Geist,

sei es durch ideologische, sei es durch ökonomische Manipulationen, ausgetrieben werden soll. Für viele Schriftsteller der Gegenwart ist darüber hinaus an eine Besonderheit ihres Legitimitätsanspruchs zu erinnern. Sie üben in ihren literarischen Werken ja selten direkte Kritik, bevorzugen vielmehr die kommentarfreie Demonstration des Schlimmen und Verbesserungsbedürftigen. Im Verfahren intensivierten und gesteigerten Erfahrungsvollzugs Meister, bedienen sie sich auch dort, wo sie unspezialisiert zu Tagesfragen Stellung nehmen, der Sprache, die sie als Schriftsteller ausgebildet haben und beherrschen. Nur treten in solchen Stellungnahmen sie selbst an den Ort der im Werk fingierten Subjekte. Sie machen dann ihr Ich, ihr persönliches Betroffensein, zum einzigen Rechtfertigungsgrund der Kritik und setzen doch im selben Atemzug auf die Allgemeinheit öffentlicher Anerkennung. Diese Haltung gibt auch dem, was sie unter Engagement verstehen, eine eigentümliche Doppelstruktur: In ihrem Gebrauch dieses Reizwortes fällt die ichzentrierte Entscheidung für personal beglaubigten Widerstand mit dem Anspruch zusammen, ein Allgemeininteresse zu repräsentieren.^{18a}

Heinrich Bölls furiose Polemik gegen die »publizistische Gewalt« der Bildzeitung mag in diesem Sachverhalt eine ihrer Erklärungen finden.¹⁹ Sein Standpunkt stimmt mit dem vieler Schriftstellerkollegen überein, für die zur anerkannten Maxime geworden ist, was Wolfgang Weyrauch 1961 schrieb: »Kritik zu üben, leidenschaftliche, sich selbst preisgebende Kritik, gehört zum Schriftsteller wie der Buchstabe. Sie muß sich, wenn es notwendig ist, zum Widerstand erhöhen.«²⁰ Zum Widerstand wird die schriftstellerische Kritik in zunehmendem Maße dann, wenn der Staat versucht, für sich Interpretationsmonopole einzurichten. Sobald diese Gefahr droht, sind die Intellektuellen gezwungen, jene Öffentlichkeit zu verteidigen, der sie ihre ambivalente Existenz verdanken. Die Ambiguität ihrer Haltung käme nicht zu Wort, würden sie bloß Kritik um der Kritik willen üben. Doch nehmen sie nicht grundlos die Auseinandersetzung mit der politischen Gewalt auf. Denn sie destruieren nicht, sie verteidigen vielmehr das, was sie für erhaltenswert erachten in Gestalt jener Fundamentalwerte, die seit der europäischen Aufklärung zum Standardrepertoire demokratischer Gesellschaftsverfassungen gehören und insofern als konstitutive Elemente der liberalen Öffentlichkeit zu betrachten sind, in der die subjektive Rechtfertigung der Normenkritik zugleich mit dem Anspruch auf allgemeine Geltung verbunden werden kann. Es ist sicher nicht die geringste Bedeutung dieser Attitüde, ständig auf die Komplementarität von subjektiver Zustimmung und allgemeiner Geltung aufmerksam zu machen und mit der herausfordernden Demonstration dieses

Verhältnisses die eingefahrenen Muster öffentlicher Legitimationswerbung (z. B. vor politischen Wahlen) anzuzweifeln.

Es gibt Reden von Günter Grass über Freiheit und Vernunft in der Politik, von Friedrich Dürrenmatt über Toleranz, von Heinrich Böll über Meinungsfreiheit und Menschenwürde, von Max Frisch über Demokratie und Utopie.²¹ In ihren Standpunkten stimmen diese Autoren nicht völlig überein, doch sprechen sie der Tendenz nach mit ähnlichen Absichten in dieselbe Richtung. Ihr Adressat ist das große Publikum, das Gesellschaft zu nennen sie sich scheuen mögen. Sie sprechen es provokant oder beschwörend an, um es daran zu erinnern, daß noch nicht eingetreten ist, was die zitierten fundamentalen Wertbegriffe versprechen. Eine solche Erinnerung erfüllt wichtige Funktionen im Prozeß der allgemeinen Wertedebatte. Der Widerspruch, den sie häufig genug hervorruft, dient der Verständigung über die jeweilige semantische Norm, die mit dem einen oder andern Fundamentalwert in öffentlicher Debatte verbunden wird. Wenn Günter Grass im Kontext der politischen Rede »Vernunft« sagt, so meint er damit eine Haltung, die Skepsis ein- und Toleranz nicht ausschließt.²² Politische Einstellungen mißt er, so wichtig er die realpolitische Situation nimmt, an solchen Haltungen. Heinrich Böll leistet es sich, realpolitische Determinanten zu ignorieren. Er stellt nicht nur die »restlose(n) Lösungen« der Politiker in Frage, er setzt der instrumentellen und quantifizierenden Vernunft eine poetische Vernunft entgegen, deren Aufgabe es ist, »in die Zwischenräume einzudringen«.²³ Poesie wird ausdrücklich aus ihrem Gegensatz zum zweckrationalen Handeln bestimmt, usurpiert gleichwohl aber einen Platz im Bereich der praktischen und politischen Zwecke, da sie beansprucht, auch Vernunft zu sein. Ihre Sprengkraft soll sie in den »Zwischenräumen« entfalten, die sich der totalen Berechenbarkeit entziehen: vielleicht ist dies die offenste Selbstinterpretation eines kritischen Schriftstellers, der sich und seine öffentliche Kritik der Berechenbarkeit verweigert. Max Frisch hingegen verfährt anders. Seine öffentlichen Reden und Kommentare zum Lebensstil in der gegenwärtigen Gesellschaft verbergen die ätzende Absicht hinter Andeutung und Allusion. Aber auch er spricht gleichsam aus dem Zwischenraum der intellektuellen Kritik heraus, auf Utopie bauend, weniger auf die direkte Überzeugungskraft (Grass) oder auf die durch personalen Einsatz legitimierte Provokation (Böll).

Nun gehört zu den Werten, die das Fundament des hier beschriebenen literarischen Engagements bilden, nicht zuletzt der »Wert« der *Kritik* selber. Zwar ist Kritik kein Wertbegriff im strengen Sinne, doch muß ein solches Verständnis bei denen unterstellt werden, die »Kritik als Beruf«²⁴ verstehen. Dabei schwingt die semantische Nähe zu Berufung nicht von ungefähr mit.

Denn die Kritik, die der Intellektuelle für sich in Anspruch nimmt, ist nicht identisch mit jener, wie sie beispielsweise in wissenschaftlichen Handlungsstrukturen aufgehoben ist. Die Kritik des literarischen Intellektuellen widersetzt sich per definitionem den üblichen gewohnten institutionellen Ordnungen, ohne freilich den Charakter einer ernst zu nehmenden Instanz leugnen zu wollen.

Es geht dem Schriftsteller nicht um eine methodisch untermauerte Kritik, deren Ziel Gewißheit wäre. Er übt sie ja nicht an wissenschaftlichen Lehrsätzen, sondern an der Gesellschaft in der allgemeinsten Bedeutung einer Lebensform. Deshalb kann Kritik auch wie ein Wert von ihm begriffen werden, der in der Erfahrung des Vollzugs seine substantielle Erfüllung findet. Brechts Begriff der »kritischen Haltung« bindet diese Erfahrung mit Recht an eine positive Einstellung zur praktischen Moral, verstehen wir unter Moral die Überzeugung, daß eine gute und gerechte Lebensform möglich ist. So allgemein gewendet, wächst auch der intellektuellen Gesellschaftskritik eine eigene Dignität zu, die geringschätzt, wer einzig den Maßstab der wissenschaftlich institutionalisierten Kritik gelten lassen will. Kritik, wie sie hier beschrieben wird, impliziert Anerkennung, nämlich »die Anerkennung eines möglichen Dissenses über die Interpretation einer allgemeinen Verhaltenserwartung (. . .), die prinzipielle Anerkennung einer Verhaltensalternative«.²⁵ Wenn dafür Spielräume zur Verfügung stehen, so muß es auch erlaubt sein, in ihnen über die Normen sozialen Verhaltens zu streiten. Natürlich ist das unbequem, da eine Diskussion über Normen die stabilen, auf Einverständnis beruhenden Grenzbefestigungen sozialen Verhaltens selber erschüttern kann. Totalitäre, auf Erhaltung des Status quo bedachte Gesellschaftssysteme sperren die Intellektuellen daher aus oder vernichten sie.

Intellektuelle Gesellschaftskritik versteht sich nicht nur als Gegeninstanz zu den etablierten politischen und sozialen Gewalten, sie repräsentiert auch den potentiellen Normendissens und erhebt zugleich den Anspruch, im Vollzug des kritischen Denkens den erstarrten Normenkonsens zu lockern.²⁶ Nicht, um die Anarchie zu predigen, sondern um die Interpretation und Neubildung von Normen offenzuhalten. Das gelingt ihr freilich nur dann, wenn sie die speziellen Normen an allgemeineren mißt. Und das treibt sie schließlich ins Lager so universalistischer Werte wie Menschenwürde, Freiheit und Toleranz, Werte, die im heutigen Sprachgebrauch ohnehin eine ambivalente Erfüllungsstruktur aufweisen.

Universalistische Werte sind es denn auch, die dort, wo Schriftsteller sich gesellschaftskritisch äußern, eine dominierende Rolle spielen. Selten sind Schriftsteller imstande, analytisch vorzugehen oder systemkritisch zu ver-

fahren. Weder kennen sie die Methoden der Sozialanalyse, noch verstehen sie sich auf das Entwerfen von Gesellschaftstheorien, an deren Zukunftsvisionen die Kritik der Gegenwart sich orientieren mag. Eher gehen sie von dem Widerspruch zwischen Sein und Sollen aus und übernehmen die Form der moralischen Kritik.²⁷ Jean-Paul Sartres Forderung: »Der Intellektuelle muß für die Prinzipien eintreten« trifft m. E. in besonderem Maße auf das Verhalten der kritischen Schriftsteller zu.²⁸ »Für die Prinzipien eintreten«, das heißt doch nichts anderes als sprachlich zu artikulieren, wie groß der Abstand zwischen den universalistischen Werten und der gelebten Wirklichkeit ist. Auf diesem Weg kann sich relativ unabhängig von politischen Handlungs- und wissenschaftlichen Methodenzwängen ein Urteil bilden, das zwar allgemeine Zustimmung erheischt, dessen Ambiguität aber nicht zu übersehen ist. Denn einerseits ist die Urteilsinstanz, legt man die Maßstäbe wissenschaftlichen und politisch-praktischen Handelns an, inkompetent;²⁹ andererseits überzeugt sie durch ihre moralische Integrität.

IV

Der Widerspruch zwischen Sein und Sollen wird vom einzelnen Schriftsteller, nimmt man seine Selbstaussagen ernst, oft ausgehalten als äußerste Spannung zwischen Ich-Erfahrung und Erfahrung der Wirklichkeit.³⁰ Das Verbindende ist die Erfahrung des Mangels, die schreibend eingeholt und ausgestanden werden soll: Mangel an Freiheit, Mangel an Menschlichkeit, Mangel an Unmittelbarkeit usf. Solche und ähnliche Erfahrungen werden als Gründe für die Legitimität einer nicht sachlich sich ausweisenden und insofern »inkompetenten Kritik« vorgewiesen. Die Berufung auf personale Erfahrung macht diese Kritik integer, aber in den Augen der Kritisierten noch nicht legitim. Denn sie können eigene Erfahrungen dagegen setzen, die nicht vom Mangel geprägt sind, sondern von den partikularen Forderungen ihrer professionellen Praxis als Politiker, Wirtschaftsmanager, Wissenschaftler usw. Innerhalb ihrer Institutionen richten sie sich nach »ritualisierten« Anerkennungsmustern, für die der Normen- und Wertekonsens nicht in Frage steht. Sie handeln stillschweigend nach dem Gesetz, das vorgegebene institutionelle System zu erhalten. Ich spreche hier nicht von denen, die dahinter zurückfallen, indem sie mit Hilfe des bekannten Klischees »Der Feind steht innen und ist links« politische Interessengegensätze auf emotionale Aggressionsmuster reduzieren.

Die andersartigen Voraussetzungen auf seiten der Kritiker und auf seiten der Kritisierten sind Gründe dafür, warum z. B. der Spiegel-Artikel Heinrich Bölls vom 10. Januar 1972 zum Skandal werden konnte.³¹ Böll spielte da-

mals gegen das, was er »publizistische Gewalt« nannte, bewußt die persönliche Erregung aus. Seine Gegner hatten es leicht, da er selber mit dem Angriff auf Springer das Muster einer personalisierten, vom Sachargument entfernten Polemik geliefert hatte. Sie stellten seine Wertloyalität in Frage, indem sie ihn einer apologetischen Haltung dem Terrorismus gegenüber bezichtigten. Wenige Kritiker anerkannten Bölls persönliche Integrität und machten sich zugleich die Mühe, die sachlichen Unzulänglichkeiten seiner Äußerungen aufzudecken.³² Im Verlauf der Auseinandersetzung hat Böll später darauf insistiert, daß das, was er sagte, allein vor dem Hintergrund seines literarischen Werks recht verstanden werden könne.³³ Mit diesem Hinweis zog er sich nicht nur auf die spezifisch literarische Kompetenz des Schriftstellers zurück, sondern auch auf jenes humanistische Prestige, das ihm die offensichtlichen Botschaften seiner literarischen Texte eingebracht haben. Nun wird die literarische Parteinahme für universalistische Werte leicht Zustimmung finden, da das Publikum die Fiktion selten politisch, aber gern moralisch bewertet. Wenn der Schriftsteller aber — wie in unserm Beispiel — sich untersteht, aktuelle Ereignisse an den allgemeinen Werten der (publizistischen) Wahrhaftigkeit und der Gerechtigkeit (Böll: »Gnade«) zu messen, so gerät er in Konflikt mit der anders beschaffenen Wertloyalität der öffentlichen Meinungsträger.

Vor Jahren hat Rainer Lepsius bemerkt, daß in der Bundesrepublik ein »Mangel an Konsensus über politische Legitimationswerte und an sozialen Mechanismen, die die Loyalität zu diesen Werten ritualisieren«, zu beklagen ist.³⁴ Die Kritiker der Gesellschaft seien daher gezwungen, sich durch ständige Beteuerung ihrer Loyalität vor Angriffen zu schützen. Diese Beobachtung ist heute wieder aktuell. Beziehen wir sie auf die Leistung der kritischen Schriftsteller, so zeigt sich, wie wenig es ihnen trotz einer mitgliederstarken berufspolitischen Interessenvertretung gelungen ist, ihre Rolle als Vertreter permanenter Normenkritik im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung zu konsolidieren. Hier soll nicht gefragt werden, wie man das ändern könnte. Vorschläge sind gemacht worden, und nicht zuletzt haben sich manche Hoffnungen an die Gründung des Schriftstellerverbandes geknüpft.³⁵ Die Schwierigkeiten vieler Schriftsteller mit ihrer Interessenvertretung werfen denn auch ein Licht auf ihre Schwierigkeiten mit der Öffentlichkeit.

Legitimität und Kompetenz sind, wie beschrieben, zwei wesentliche Voraussetzungen für die Anerkennung von Kritik. Beide soziale Anerkennungs-
werte hängen eng zusammen, da dem, der durch Arbeit seine berufliche
Qualifikation ausweist, auch die Lizenz zugestanden wird, innerhalb seines

Berufsfeldes Kritik zu üben. Die konservative Intellektuellenschelte wiederholt nun stets den Vorwurf, die unspezialisierten »Sinnvermittler«, zu denen sie die kritischen Schriftsteller zählt, überließe die Arbeit »den anderen«. ³⁶ Kritische Schriftsteller und Intellektuelle fristen – so soll es doch wohl gelesen werden – eine parasitäre Existenz. In einem Gesellschaftssystem mit hohen Leistungserwartungen wird ein solcher Vorwurf nur allzu rasch den Mustern der öffentlichen Diffamierung einverleibt; die Legitimität des Kritikers bleibt chimärisch. Betrachtet man den sachlichen Kern des Vorwurfs, so stößt man auf die bekannten Merkmale, die charakteristisch für das Image der Schriftsteller sind. Zwei dieser Merkmale hat Max Frisch zu Beginn seiner Friedenspreisrede von 1976 genannt. In dem ihm eigentümlichen Allusionsstil umschreibt er die Frage nach Kompetenz und praktischem Handeln anhand eines Briefwechsels zwischen Freud und Einstein. Inkompetenz und Praxisferne sind, so ist aus Frischs Zitierweise zu schließen, spezifische Determinanten des von ihm vertretenen Selbstverständnisses.

Nehmen wir an, daß Frisch hier nicht nur für sich selber spricht, dann leuchtet es ein, wenn beide Mangelercheinungen durch etwas anderes Allgemeines kompensiert werden müssen. Diese Kompensation bedient sich aber häufig eben derselben Negationsfigur, die den Bürger verschreckt, nicht aber zur friedfertigen Zustimmung einlädt. Ich beziehe mich auf die oben bereits erwähnte Figur des Außenseiters. Außenseiter, das ist auch die Rolle des »Radikalen«, des stets verneinenden Geists und der Sand-im-Getriebe-Haltung. Sie ist integrationsresistent und erschwert im Grunde dem Schriftsteller jene Kommunikation, auf die er angewiesen ist, will er die Geltung universalistischer Werte auch in aktuellen Krisensituationen durchsetzen. Für diesen Sachverhalt ist das Beispiel Bölls wieder besonders instruktiv. Böll setzt sich mit seiner ganz unpolitischen und antiinstitutionellen Rhetorik im zitierten Spiegel-Artikel von allen sozialen Gruppen und politischen Parteibildungen ab. Er identifiziert sich, wie schon seine literarischen Texte von früh an zeigen, mit den »Verfolgten«; ³⁷ er übernimmt, durchaus in Übereinstimmung mit einer säkularisierten Form der stellvertretenden Passion, die Rolle dessen, der im Unterschied zum Betroffenen das Leiden zu artikulieren vermag. Die gewollte Identifikation mit den »Verfolgten« provoziert aber den vehementen Widerspruch derer, die vom politisch und juristisch kompetenten Standpunkt aus den inkriminierten Tatbestand beurteilen. Wieder stimmen die Voraussetzungen auf beiden Seiten nicht überein, so daß die Kommunikation zwischen »Provokateur« und Kontrahenten im Bereich militanter Angriffs- und Verteidigungsstrategien verharret und das auf der Strecke bleibt, was Böll zur Geltung bringen wollte: Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit.

V

Am extremen Fall erscheint noch einmal überdeutlich, wo die Gründe für die mißlungene Kommunikation zwischen kritischen Schriftstellern und professionellen Öffentlichkeitsinstanzen zu suchen sind: divergierende Einstellungen zu dem, was kompetente und inkompetente Kritik darf, unterschiedliches Rollenverständnis in bezug auf die Funktion der Meinungsbildung und — damit verbunden — andere Auffassungen über das, was loyales Verhalten bedeutet. Der professionelle Kommentator politischen Geschehens wird sich in Krisenzeiten eher nach dem Loyalitätsprinzip der Systemerhaltung richten, während der kritische Schriftsteller den Mehrwert der Idee eines besseren Lebens auch noch im Augenblick des praktischen Zwanges aufrechterhält. Seine Mißachtung der institutionell verfestigten Kommunikationsrituale — deren relative Notwendigkeit nicht zu bestreiten ist — macht immerhin darauf aufmerksam, daß die von ihm geforderte Einstellungsänderung gegenüber dem herrschenden Lebensstil nicht innerhalb der Institutionen selbst eingelöst werden kann. Sie ist auf eine freie Diskussion angewiesen, die die Fesseln der dort geltenden Kommunikationsnormen abgeschüttelt hat. Für das Prinzip der freien Diskussion als Person und nicht als Funktionsträger einzustehen, erscheint mir als der legitime Sinn des kritischen Engagements. Diese Haltung des kritisch engagierten Schriftstellers ist verständlich, da die Struktur seiner Arbeit ihn weder auf eine bestimmte institutionalisierte Praxis verpflichtet, noch zur Anpassung an die unmittelbaren Nötigungen abhängiger Arbeit zwingt. Die Erfahrungen mit sich selber und mit der Tradition, von der seine Sprachfähigkeit lebt, ist, bei aller wirtschaftlichen Unsicherheit, im Verhältnis zu andern, bestimmteren Berufen sublimierter und introspektiver. Warum soll er diese Erfahrung verleugnen, wenn er öffentlich zu aktuellen Fragen Stellung bezieht? Die Orientierung an universalistischen Werten leitet auch seine im engeren Sinne literarische Arbeit. Warum soll er sie verlassen, wenn er sich mit erstarrten Lebensformen auseinandersetzt? Seine Sprachfähigkeit weist ihn an, nicht unmittelbar sich in Praxis zu verstricken, sondern den langwierigen Weg des Überzeugens einzuschlagen. Warum soll er die damit verbundene Hoffnung, daß er manches verbessern kann, aufgeben, wenn er die neuesten Meldungen vom Tage kommentiert?

Das gesellschaftskritische Engagement der Schriftsteller ist nicht von den Erfahrungen zu lösen, die sie literarisch zur Sprache bringen. Die Sprache ihrer imaginativen Texte setzt das ins Bild, was wir diesseits der wissenschaftlichen Rationalität als Erfahrungswirklichkeit begreifen. Zu dieser Erfahrungswirklichkeit gehört aber, wie ihnen bewußt ist, nicht nur das grenzen-

lose Gefilde der innengeleiteten Phantasie- und Gefühlsbewegungen. Es gehört dazu auch das soziale Leben, in dem dieses seinen Ort hat. Wenn die Schriftsteller an den Mängeln des sozialen Lebensstils explizite Kritik üben, dann spricht das dafür, daß sie sich verantwortlich fühlen für die Qualität der Erfahrung und der Wirklichkeit, in der jene sich bildet. Es scheint mir verfehlt, von ihnen zu verlangen, sie sollten sich gefälligst in die Praxis einordnen, die ihnen Parteistatuten oder Verbandsprogramme vorschreiben,³⁸ solange diese Praxis die Schärfe der dissidenten Meinung und moralischen Empörung nicht duldet.

Es ist nicht nur verfehlt, es ist Verfemung durch Obskurantismus, wenn den Schriftstellern das Recht auf umfassende Kritik schlankweg bestritten wird. Gewiß können sie dieses Recht nicht einfach einklagen, weder unter Hinweis auf ihre professionelle Kompetenz noch mit der Behauptung eines besonders schlüssigen Beweisverfahrens. Und doch legitimiert sie dazu der Einsatz für das, was ich die universalistischen Werte nannte. Denn wir verdanken diese Werte dem Erbe der Aufklärung, das über Bord zu werfen einen Schritt in die Gegenrichtung bedeutet. Die Freiheit der Schriftsteller ist nicht nur eine formelle Garantie für die Freiheit der anderen. Ihre »inkompetente«, im Widersprechen und Infragestellen indessen starke Kritik gilt auch und gerade jenen genaueaufklärerischen Kräften, die obrigkeitsstaatliche Gesinnung auf bürokratischem Wege verordnen und auf diese Weise Freiheit als Element einer kritisch diskutierenden Öffentlichkeit restringieren möchten. Sie gilt darüber hinaus der Bewahrung eines Spielraums, in dem, wie es auch der Begriff des Engagements nahelegt, persönliches Betroffensein und politisches Raisonement nicht durch institutionelle Kommunikationsnormen auseinandergerissen werden.

Die Bemühung der kritischen Schriftsteller um eine liberale Öffentlichkeit, in der mehr möglich ist als das wirtschaftlich Profitable und politisch Opportune, lenkt den Blick auf die verzerrten Strukturen der öffentlichen Meinungsbildung selber. Längst sind diese, neben dem herrschenden Sprachverfall, eines der Hauptthemen der literarisch Engagierten. Daß sie gezwungen sind, dauernd den Blick auf die Bedingungen kritischen Engagements zu richten, zeigt, wie schwer es ihnen wird, die Grenze zu der qualifizierten Öffentlichkeit zu überschreiten, auf deren Absenz ihr Einspruch aufmerksam macht.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. die Proteste in VS-Informationen, 1-2/1975, 1/1977, und die Erklärung des Bundesvorstands des VS, abgedr. in: publikation, 10/77, S. 23, und das Sonderheft von publikation »zur Hetz- und Verleumdungskampagne« (1977), das nicht nur prominente Fälle dokumentiert, sondern auch die weniger bekannter Autoren und Publizisten. Über die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit der Autoren von den Massenmedien berichten A. J. Wiesand / K. Fohrbeck, Literatur und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, München 1976, S. 9 ff. u. ö.
- ² J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 8. Aufl. Neuwied/Berlin 1976.
- ³ I. Kant, Der Streit der Fakultäten (1798). Zweiter Abschnitt 8.
- ⁴ »Refeudalisierung« meint nach Habermas (a. a. O. 233) die Integration von Massenunterhaltung, kommerzieller Werbung und politischer »Werbung«.
- ⁵ »Nicht durch öffentliche Kommunikation, sondern durch die Kommunikation der öffentlich-manifestierten Meinungen wird das Publikum der nichtorganisierten Privatleute im Sog *demonstrativ oder manipulativ entfalteter Publizität* beansprucht.« Habermas, a. a. O., S. 291.
- ⁶ Unter Punkt 11 der Hauptziele des Verbandes deutscher Schriftsteller von D. Lattmann aufgezählt, in: Die Texte der Gründungsveranstaltung des VS, 1969, S. 8. Ähnlich auch § 4 der Satzung.
- ⁷ So der Titel der Dokumentation des 1. Schriftstellerkongresses des VS, hrsg. v. D. Lattmann, München 1971.
- ⁸ Entwicklungsland Kultur. Dok. des 2. Schriftstellerkongresses des VS, hrsg. v. D. Lattmann, München 1973, S. 66.
- ⁹ Phantasie und Verantwortung. Dok. d. 3. Schriftstellerkongresses des VS, hrsg. v. H. Bingel, Frankfurt 1975, S. 67.
- ¹⁰ S. Lenz in »Entwicklungsland Kultur« a. a. O., S. 64 ff.
- ¹¹ G. Wallraff in »Phantasie und Verantwortung« a. a. O., S. 24 ff.
- ¹² W. Jens in »Phantasie und Verantwortung« a. a. O., S. 16 ff.
- ¹³ Klar formuliert in den »Perspektiven« von Ingeborg Drewitz, in: VS-Informationen 3/70, S. 7 f.
- ¹⁴ W. Brandt, Braucht die Politik den Schriftsteller?, in: Einigkeit der Einzelgänger. Dok. d. 1. Schriftstellerkongresses des VS, München 1971, S. 9 ff.
- ¹⁵ W. Scheel, Gemeinsame Verantwortung von Politik und Literatur für die demokratische Ordnung, in: Phantasie und Verantwortung a. a. O., S. 7 ff. Vgl. auch Scheels Betonung der Gemeinsamkeiten in seiner Rede »Aufgaben und Bedeutung des Theaters«, am 20. Juni 1976 in Kiel gehalten; Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 75 v. 24. 6. 1976.
- ¹⁶ Besonders pointiert Walter Jens in seinen Reden vor dem 3. Schriftstellerkongreß des VS, in: Phantasie und Verantwortung a. a. O., S. 16 ff., 39 ff.
- ¹⁷ Ich folge hier den Ausführungen von N. Schmidt-Relenberg, Kunst als intellektuelle Gesellschaftskritik. Zur Situation der Kunst in der gegenwärtigen Gesellschaft, in: Kölner Zs. f. Soz. u. Sozialpsych. XXI (1969), S. 474-483. Zur historischen Entwicklung vgl. nach wie vor J.-P. Sartre, Was ist Literatur? Reinbek 1964 (rde 65), Kap. III.
- ¹⁸ J. A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1946. Meine sechs Punkte schließen sich eng an den von Schmidt-Relenberg (a. a. O., S. 479) entwickelten Kriterienkatalog an.
- ^{18a} Das zeigt auch die Studie von Burckhard Dücker: Theorie und Praxis des Engagements. Studien zur Geschichte eines literarisch-politischen Begriffs, Diss. (Masch.-Ms.) Heidelberg 1978.
- ¹⁹ Spiegel-Artikel v. 10. Jan. 1972; wiederabgedruckt in: H. Böll: Freies Geleit für Ulrike Meinhof. Ein Artikel und seine Folgen, hrsg. v. F. Grützbach, Köln 1972, S. 27 ff.
- ²⁰ In der Einleitung zu der von ihm herausgegebenen Anthologie »Ich lebe in der Bundesrepublik«, München 1961, S. 8.
- ²¹ G. Grass, Der Bürger und seine Stimme. Reden, Aufsätze, Kommentare, Darmstadt/Neuwied

1974. F. Dürrenmatt, Über die Toleranz, Rede zur »Woche der Brüderlichkeit« anlässlich der Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille, *Die Zeit* v. 18. März 1977. H. Böll, Einmischung erwünscht. Schriften zur Zeit, Köln 1977. M. Frisch, Wir hoffen, Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, *Frankfurter Rundschau* v. 20. 9. 1976.

²² Vgl. z. B. die »Rede von den begrenzten Möglichkeiten« (1969) und »Über die Toleranz« (1974), in: *Der Bürger a. a. O.*, S. 53 ff. u. 263 ff.

²³ H. Böll, *Einmischung*, S. 34. (Nobelpredigt v. 2. 5. 73).

²⁴ Vgl. M. R. Lepsius, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: *Zs. f. Soz. u. Sozialpsych.* XVI (1964), S. 75–91.

²⁵ Lepsius, *Kritik*, S. 82 f.

²⁶ Zu dieser Implikation vgl. den Artikel »Kritik« von C. von Bormann, in: *Handbuch philosophischer Grundbegriffe*, hrsg. v. H. Krings et al., München 1973, Bd. 3, S. 807–823.

²⁷ Nach R. Aron, der in seinem Buch »Opium für Intellektuelle oder Die Sucht nach Weltanschauung« (Köln 1957) drei Typen intellektueller Kritik beschreibt: Methodenkritik, moralische Kritik und historische bzw. Ideologiekritik (S. 258 ff.).

²⁸ J.-P. Sartre, *Der Intellektuelle und die Revolution*, Neuwied/Berlin 1971 (SL 30), S. 27. Sartre argumentiert hier allerdings mit andersartigen taktischen Absichten.

²⁹ Zur Abgrenzung zwischen kompetenter und inkompetenter Kritik vgl. Lepsius a. a. O., S. 83 ff.

³⁰ So äußerte sich jüngst wieder Martin Walser: Wer ist ein Schriftsteller?, in: *literatur konkret* 1 (1977), S. 8 ff.

³¹ *Freies Geleit*, S. 27 ff.

³² Vgl. Diether Posser im *Spiegel* v. 24. 1. 72, auch in: *Freies Geleit*, S. 81 ff.

³³ Vgl. z. B. das Interview im *Saarl. Rundfunk* v. 26. 1. 72, in: *Freies Geleit* S. 95 ff.

³⁴ Lepsius, *Kritik*, S. 89.

³⁵ Vgl. etwa den sozialen Integrationsversuch durch Professionalisierung. Soviel ich sehe, ist die hierher gehörende Autorenausbildung bis heute nicht verwirklicht worden; dazu: *Autorenausbildung. Eine Dokumentation des VS in der IG Druck u. Papier*, Berlin, u. der Neuen Gesellschaft für Literatur, Berlin 1973; D. Pforte, Aspekte der Professionalisierung des Schriftstellerberufes, in: *VS-Informationen* 1/1977, S. 10–12.

³⁶ Vgl. H. Schelsky, *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*, Opladen 1975. Schelsky polemisiert von einem typisch rechtsintellektuellen Standpunkt aus gegen die Linke und u. a. auch gegen Heinrich Böll (S. 342 ff.).

³⁷ Bezeichnenderweise spricht Böll in diesem Zusammenhang von einem Zustand des »Verfolgtseins« und stellt assoziative Verbindungen zu andern historischen Fällen her (*Freies Geleit*, S. 27 ff.).

³⁸ Eine Schlußfolgerung, die F. Kron am Ende seiner materialreichen und lesenswerten Untersuchung über Schriftsteller und Schriftstellerverbände (Stuttgart 1976) nahelegt.